

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Poincarés Antwortrede.

Am gestrigen Sonntag hat Poincaré wieder einmal eine seiner „großen“ Reden losgelassen. Es geschah dies anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals im nordfranzösischen Städtchen Senlis, das während des Vormarsches der Armee Klud Ende August 1914 besonders arg mitgenommen wurde. Auch spielen in der Geschichte der deutschen Kriegsgreuel einige Erschießungen, die damals an Zivilpersonen vorgenommen wurden, eine besondere Rolle, wobei der deutsche Militarismus sich an Brutalität und Grausamkeit nach übereinstimmenden Berichten tatsächlich selbst überboten haben soll. Es war also zu erwarten, daß Poincaré an einer solchen Stelle eine besonders versöhnliche Rede halten würde. Indessen dürften die Anklagen gegen die Barbarei des deutschen Heeres weder auf Deutschland noch auf die Neutralen und nicht einmal auf einen großen Teil der eigenen Alliierten besonderen Eindruck machen in einem Augenblick, wo die ganze Welt weiß, daß der französische Militarismus mitten im Frieden an Rücksichtslosigkeit seinem deutschen Vorbild mindestens ebenbürtig ist. Wenn man sieht, welchen Quälereien die deutsche Ruhrbevölkerung im fünften Jahre des Friedensvertrages von Versailles durch die französischen Generale ausgekehrt ist, dann gewinnt man ein ungefähres Bild dessen, wie der französische Militarismus im Feindesland bei offiziellem Kriegszustand gehaust hätte. So wenig wir daran denken, auch nur eine Silbe der Entschuldigung für die tatsächlichen Barbareien auszusprechen, die deutscherseits auf französischem, belgischem, polnischem oder serbischem Boden begangen wurden, so wenig fällt es uns ein, die pharisäischen Anklagen eines Poincaré durch stillschweigende Registrierung und gar im lechigen Augenblicke indirekt zu unterstützen.

Dieser „großen“ Rede Poincarés wurde besondere Bedeutung beigemessen, weil sie eine Antwort auf die jüngste Kundgebung der englischen Regierung sein sollte. Aber von dieser Rede läßt sich sagen, daß sie ebenso gut unterblieben wäre, denn sie enthält auch nicht die Spur eines neuen Gedankens, sie ist vielmehr eine Wiederholung aller jener Phrasen und Schlagworte, die man aus dem Munde desselben Poincaré in den achtzehn Monaten seiner Ministerpräsidentenschaft mindestens sechshunddreißigmal gehört hat. Poincarés Gedankengang, wenn man so sagen darf, ist der folgende:

Frankreich sei im Gegensatz zu seinen Bundesgenossen in Versailles zu kurz gekommen. Dennoch neigten diese Bundesgenossen dazu, diesen Friedensvertrag als „reiß für ein archaisches Museum“ zu betrachten. Sie erklärten, der Vertrag sei überholt, denn die Welt habe sich gewandelt, Europa sei krank und es sei notwendig, wenn man es wieder aufzurichten wolle, Deutschlands Sturz zu verhindern. Frankreich werde daher aufgefordert, im gemeinsamen Interesse Konzessionen zu machen; es habe aber nicht aufgehört, dies zu tun. Frankreich wünsche nicht den Zusammenbruch seines Schuldners, es sei nicht französisch, sich auf einen besiegten Feind zu werfen. Die in Versailles versprochenen Sicherheiten habe Frankreich durch die Nichtratifizierung des Schuttpaktes nicht erhalten, die versprochenen Wiedergutmachungen seien zunächst von der Reparationskommission festgesetzt worden, doch habe der Oberste Rat Frankreich zumuten wollen, den beschlossenen Zahlungsplan abzuändern. Deshalb sei Frankreich unter Belgiens Mitwirkung ins Ruhrgebiet einmarschiert. Hätte Frankreich das nicht getan, so wäre Deutschland trotzdem dem Abgrund entgegengegangen, aber Frankreich hätte dem mit leeren Händen zuschauen müssen, während es heute ein Pfand in der Hand halte, durch das es sich eventuell bezahlt machen könne.

In diesem „eventuell“ liegt sowohl das Eingeständnis, daß die Ruhrprozedur ein höchst zweifelhaftes Geschäft ist, wie auch die Andeutung, daß das Ruhrpfand, falls es finanziell nutzlos sein sollte, unter Umständen auch politisch wertvoll sein könnte. Wenn andererseits Poincaré jene Bundesgenossen verhöhnt, die den Versailler Vertrag als überholt ansehen, so müßte er eigentlich darauf hingewiesen werden, daß sein eigener Vorgänger im Amte, Briand, eine ähnliche Ansicht von der Rednertribüne der Kammer aus entwickelte. Das geschah nämlich gelegentlich eines Rededuell mit Lardieu, der sich als den Vater des Versailler Vertrages bezeichnet und auf diese Eigenschaft sehr stolz ist. Damals sagte Briand in Anwendung einer bekannten französischen Redensart, der Versailler Vertrag gleiche der Stute des Ritters Roland, die alle Borzüge der Welt gehabt hätte bis auf den einen: sie war nämlich tot.

Aber es liegt eben im Wesen des Advokaten Poincaré, daß er auf das Leben und auf die Entwicklung der Dinge pfeift, wenn nur der heilige, tote Buchstabe seiner Friedensparaphrasen unangetastet bleibt. Somit ist diese Antwort Poincarés auf Baldwin gar keine Antwort oder jedenfalls eine rein negative. Wenn er nun am Schluß seiner Rede, um seine freundschaftlichen Gefühle für England zu beteuern, auf seine eigenen Verdienste um die französisch-englische Allianz in den Jahren 1912-14 hinweist, so verdienen diese Reminiscenzen eine nähere Betrachtung, wenn sie auch mit den gegenwärtigen Problemen nur sehr indirekt zusammenhängen. Nach dem B.T.B.-Bericht führte Poincaré an dieser Stelle aus:

Vor dem Kriege, in einer Zeit, in der es in Frankreich einige Männer gegeben habe, die mehr oder weniger offen eine Politik der Annäherung an Deutschland predigten, auf die Gefahr hin, daß dadurch der Friedensvertrag von Frankfurt und

die endgültige Aufgabe von Esch-Böhringen anerkannt worden wäre, habe er stets bei jenen gestanden, die im Gegenteil eine enge Gemeinschaft der beiden großen Nationen Westeuropas empfohlen hätten. Auf sein Verlangen und unter seinem Ministerium seien 1912 die Briefe zwischen Paul Cambon und Sir Edward Grey ausgetauscht worden, die die Entente verstärkt und die Allianz vorbereitet hätten. Mit diesen Dokumenten, die er mit den Verbündeten 1913 und 1914 ausgetauscht habe, sei das Werk realisiert worden, dem er leidenschaftlich ergeben sei.

Also in der gleichen Rede, in der Poincaré mit der ihm eigenen Zähigkeit dafür kämpft, daß der Versailler Vertrag von den eigenen Bundesgenossen als unveränderlich betrachtet werde, rühmt er sich dessen, daß er es verhindert habe, daß Frankreich den Frankfurter Frieden von 1871 anerkenne. Diese nachträgliche Polemik gegen Caillaux und Jaurés und gegen die Radikalsozialisten und Sozialisten, die an der Berner deutsch-französischen interparlamentarischen Konferenz vom Mai 1913 und an der zu Pfingsten 1914 anschließenden Baseler Zusammenkunft teilgenommen haben, mag ihm innerpolitisch nützlich erscheinen — obwohl dem Nationalen Bloch überhaupt nicht mehr zu helfen ist — außenpolitisch ist sie eine grobe Ungeschicklichkeit. Denn er gibt damit zu, daß sich Frankreich unter seiner eigenen Führung nach 43 Jahren gegen die Anerkennung eines unterzeichneten Friedensvertrages gestraubt hat, während er heute die restlose Anerkennung des Versailler Friedens durchsetzen möchte. Wir kennen allerdings den Einwand: Der Frankfurter Friede sei ein Werk der Bergewallung und eines siegestrunkenen Militarismus, der Versailler Friede dagegen die Vollendung eines Wertes der Gerechtigkeit durch die freien demokratischen Völker der Welt. Aber darüber laden ja die Hühne dies- und jenseits des Ozeans.

Englische Kommentare.

London, 16. Juni. (W.T.B.) Eine Pariser Reutermeldung bezeichnet Poincarés Rede in Senlis als eine indirekte Antwort an Baldwin, die darauf hinaus laufe, daß Frankreichs Politik unverändert bleibe, und die den Eindruck erwecke, daß die Zugeständnisse an die französisch-belgische Einigung im Laufe der bevorstehenden Verhandlungen von britischer Seite kommen müßten.

London, 16. Juli. (W.T.B.) „Times“ protestiert gegen die Behauptung Poincarés, daß Großbritannien den Versailler Vertrag nicht mehr unterstütze. Das Blatt glaubt nicht, daß Poincaré sein letztes Wort gesprochen habe. Er werde sicherlich erst die britische Note einer ebenso schuldigen Prüfung unterziehen, wie England das französische Experiment während sechs Monaten geprüft habe.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet es als falsch, Poincarés Rede als eine endgültige Antwort auf die britische Regierungserklärung vom Donnerstag zu betrachten. Eine solche Antwort könne erst erfolgen, wenn das französische Kabinett im Besitz des britischen Entwurfs der Antwort auf die deutsche Note sowie der Mantelnote dazu und der offiziellen britischen Auffassung bezüglich der Lösung der Schwierigkeiten des passiven Widerstandes sei. Ferner verlaute, daß Poincaré vor seiner Antwort an London eine Zusammenkunft mit Theunis und Gaspar haben werde. Es sei nicht zu leugnen, daß die Rede nicht gerade sehr verheißungsvoll sei. Es würde schwer sein, eine nennenswerte Veränderung in Poincarés Auffassung seit Januar herauszufinden, sei es in der Frage des passiven Widerstandes und der produktiven Pfänder, sei es in der einer internationalen Sachverständigenkommission zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Schließlich beanspruche der französische Ministerpräsident für Frankreich das Verdienst, der aufrichtigste und korrekteste Verteidiger und Vollzieher des Versailler Vertrages zu sein. Poincaré sei ein hervorragender Rechtspolitiker, aber in internationalen Rechtsfragen nicht unfehlbar. Abgesehen von dem berühmten § 18 gäbe es zahlreiche Artikel und Klauseln im Reparationsabschnitt einschließlich seiner Anhänge, die auf dem ersten Blick Poincarés klare Auffassung bezüglich der Entschädigung in Frage stellten. Die juristischen Berater der Krone und der juristischen Abteilung des Foreign Office würden zweckmäßig handeln, wenn sie eine Erwiderung an die von Poincaré entworfenen Punkte der Vertragsauslegung vorbereiten würden, über welche allerdings endgültig nur der Haager Gerichtshof entscheiden könne.

In Washington halte man diese juristische Seite der Vertragsauslegung für besonders interessant, vielleicht mit Rücksicht auf Amerikas Sympathie für eine schiedsgerichtliche Entscheidung und die Neigung der gegenwärtigen Regierung für den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof. Es gäbe aber noch einen Grund, aus dem man in England die Möglichkeit in diesem Zusammenhang sorgfältig prüfen sollte. Die britischen Sachverständigen seien, wie verlaute, dabei, wertvolle Teile der von belgischer und deutscher Seite stammenden Vorschläge betreffs der Zahlungsmethode mit eigenen Ideen zu verschmelzen. Sie würden die Einnahmen aus Eisenbahnen und industriellen Pfändern und Staatsmonopolen sowie Zolleinnahmen und Ausfuhrabgaben zusammenfassen. Die belgischen Sachverständigen hätten in ihrer letzten Denkschrift die Ausfuhrabgabe weggelassen, für die sie im August 1922 so nachdrücklich eintraten. Vielleicht geschah dies deshalb, weil sie diese als bestes Mittel zur Garantierung des Zinsendienstes einer internationalen Anleihe ansahen.

Die Beamteninternationale.

Von Albert Falkenberg.

Als Ergebnis der am 2. und 3. Juli 1923 in Wien zwischen Beamtenvertretern Oesterreichs, Hollands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Deutschlands gepflogenen Aussprache ist — wie bereits gemeldet — die Konstituierung der Beamteninternationale zu buchen. Mit dieser Grundlage ist auch den Beamten eine internationale Arbeitsgemeinschaft entstanden, die sich zwangsläufig der bereits bestehenden gewerkschaftlichen internationalen Arbeitnehmerfront einfügt. Die Beamteninternationale hat weder Vorläufer noch Parallelen, sie ist der erste Versuch einer Zusammenfassung aller im öffentlichen Dienst tätigen Kräfte auf internationaler Grundlage. Diese Zwecksetzung verpflichtet die Führenden zu höchster Verantwortlichkeit sowohl in organisatorischer als auch in programmatischer Beziehung.

Es muß als Selbstverständlichkeit gelten, daß die Beamteninternationale etwaige organisatorische Schwierigkeiten mit den schon vorhandenen internationalen Berufssekretariaten (Internationale B.T., Internationale Transportarbeiter-Föderation, Internationale der öffentlichen Betriebe) im Wege der Verständigung auszuräumen trachtet. Zu diesem Zwecke ist bereits in der ersten Sitzung des Vollzugsausschusses der Beamteninternationale, die sich unmittelbar an den Gründungsakt anschloß, die Fühlungnahme der in Frage kommenden vier Berufssekretariate angeregt worden.

Wenn auch für die Herstellung der programmatischen Grundlage der Beamteninternationale das höchste Maß von Verantwortlichkeit von den Führenden gefordert wurde, so nicht deshalb allein, um von vornherein jede Ueberspannung von Hoffnungen auszuschalten, sondern auch, um jeder Verschleierung der Ziele aus dem Wege zu gehen. Wozu Beamteninternationalismus, wenn nicht zur Steigerung der Solidarität aller um Lohn und Gehalt Arbeitenden im Sinne der geltenden internationalen gewerkschaftlichen Grundsätze? Warum erst noch Beamteninternationalismus, wenn nicht bei den international Organisierten als Willensimpuls die Erkenntnis vorhanden ist, daß die Erreichung der wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Ziele der Arbeitenden aller Länder nur im Kampfe gegen die internationalen kapitalistischen Machtfaktoren möglich ist? Diese Richtlinien der auf der Wiener Tagung einstimmig angenommenen Entscheidung, werden ausschlaggebend sein müssen auch für das von dem Vollzugsausschuß aufzustellende Programm. Sie werden alle die im Beamtenlager Stehenden ernüchtern, die guten Willens sind, Völkerverständigung zu treiben, ohne zu überlegen, daß Völkerverständigung in heroischem Maße Wirtschaftsprobleme ist, das niemals gelöst werden kann, indem man kapitalistische Auswüchse beseitigt, sondern nur dadurch, daß man zum Kampf rüstet für die Ablösung des völkerverfeindlichen Profitwirtschaftssystems. Erleben wir nicht täglich und stündlich die Wahrheit dieses Satzes am eigenen Leibe? Wäre der nun schon seit Jahren tobende Kampf aller gegen alle überhaupt möglich, wenn an Stelle des Gottes Mammon der Wille der Völker in der Wirtschaft zum Ausdruck käme? Muß nicht in dem Wirtschaftchaos, das die Welt erschüttert, die Fähigkeit gemeinwirtschaftlichen Denkens unter den Nullpunkt herabsinken? Solidarität in der Praxis können nur diejenigen beweisen, die sich innerlich gegen die herrschenden Methoden auflehnen. Wenn sie schon im eigenen Lande Front machten gegen das zugunsten einer kleinen Minderheit aufrechterhaltene System der Willkür in der Wirtschaft, können sie die internationalen Zusammenhänge nur unter den gleichen Gesichtspunkten begreifen und in ihrem Sinne handeln.

Die sich Anfang Juli in Wien zusammenfanden, um die internationale Arbeitsgemeinschaft der Beamten aufzurichten, wurden von der gleichen Erkenntnis beherrscht, sie müssen darum schon, ob es Andersdenkenden paßt oder nicht, als die Pioniere der unbeirrt vorwärtstrebenden internationalen Beamtenbewegung gewertet werden. Pioniere müssen nicht Stürmer sein. Auch in unserem Falle wird es zweckmäßig sein, wenn sich die Führer der Beamteninternationale auf eine Praxis einstellen, die in der Mitte von Skeptizismus und Illusionismus liegt. Wenn sie den Weg gehen, auf dem die Erziehung zum Internationalismus allein gelingen kann — den Weg internationaler Vernunft, dann finden sie gerade in der internationalen Arbeitsgemeinschaft der Beamten die besten Möglichkeiten, konkrete Aufgaben zu lösen, deren Erfüllung durchaus nicht im einseitigen Interesse der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeitnehmer liegt, sondern vielmehr der fortschreitenden Entwicklung staatlicher Ordnung die Wege zu ebener geeignet ist. Die im Geiste der Beamteninternationale arbeitenden Menschen werden sich allerdings daran gewöhnen müssen, mehr als bisher nationale Forderungen im Lichte des Internationalismus zu sehen. Das heißt, sie dürfen nicht glauben, die Welt nach eigenem Muster uniformieren zu können. Demokratisierung der Verwaltung in Deutschland muß in der Form anders aussehen wie in England oder Frankreich oder sonstwo in der Welt, aber es gibt ein gemeinsames Interesse der Welt von diesem Problem, das alle Länder verbindet und das Ausdruck findet in der Formel: Befreiung der Arbeit.

Während die Internationale einer Berufskategorie die Befehle eben der in ihr organisierten Berufsschichten zu vertreten hat, fällt der allgemeinen Beamteninternationale die

Aufgabe, zu alle Kategorien Belange auf einen Einheitsnennner zu bringen. Sie wird zur internationalen Dachorganisation der Beamten. Sie darf niemals parteipolitischen Gedankengängen unterliegen, aber sie muß alle Fragen politisch sehen und zu lösen suchen.

Die Entwicklung der Beamteninternationalenale wird nicht zum wenigsten mit abhängig sein von der Gestaltung der Weltpolitik. Schon die Gründungsverhandlungen haben gezeigt, welches Maß von Vorsicht nötig ist, um auch dem Lande den Beitritt zu ermöglichen, in dem zurzeit die Beamten durch reaktionäre Regierungsmethoden gehindert werden, sich gewerkschaftlich zu entwickeln. In solchen Fällen müssen Konzessionen gemacht werden. Es kommt nicht darauf an, die Formel um jeden Preis zu retten, wenn die Gewähr besteht, daß der Geist, in dem der Beitritt vollzogen wird, die innere Struktur der Organisation nicht stört. In Frankreich besteht immer noch die Absicht der Regierung, die Beamten nicht zur gewerkschaftlichen Entwicklung kommen zu lassen, um jedes organisatorische Zusammengehen mit den freien Arbeitnehmern zu verhindern. In Italien herrscht der Faschismus. Er lähmt die Gewerkschaftsbewegung und selbstverständlich auch die Organisationsbewegung der Beamten. In anderen Ländern bestehen andere Gründe, die den sofortigen Anschluß der Beamten an die Beamteninternationalen nicht erwarten lassen. Was bleibt ihr also zu sein übrig, als zu werden. Nicht mit schönen Worten, sondern mit dem ernsthaft unternommenen Versuch, an der Praxis die Richtigkeit der Idee zu erweisen. Ein mühevolleres Beginnen, und dennoch ein Anfang, der Mühe wert. Die ihn wagen, gehen ihren Weg in dem Bewußtsein, daß die Zeit da ist, in der Internationalismus in das Bewußtsein der Menschen dringt.

Deutschvölkische Jugenderzieher.

Was in der deutschen Geschichts- und Bürgerkunde gelehrt werden soll.

J. S. Lehmanns Verlag versendet aus der Schriftenreihe der deutschvölkischen Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“ eine Broschüre „Einst und heut“ aus der Feder des durch seine Tätigkeit für Geheimbünde kompromittierten Reichslandbündlers Gohr v. Rahmer. Auch Schulleiter werden mit dieser Broschüre beehrt und der Verlag behauptet: „Der Inhalt eignet sich vorzüglich dazu, im Geschichtsunterricht, evtl. auch im Deutschen oder im Bürgerkunde-Unterricht mit verwendet zu werden.“ Blättern man in der Schrift, dann stößt man auf folgende Stellen:

„Gleichheit, Brüderlichkeit, Völkerverständnis, Weltfrieden, kurz das Paradies auf Erden, das sind fixe Ideen, die es in Wirklichkeit nicht gibt, sie sind wider die Natur.“ „Gedanken wie Freiheit, Vaterland, Ehre werden heute verachtet, besudelt und von mancher Regierungsseite unterdrückt. Und wenn man näher hinsieht warum — um Konjunkturgewinne einzuziehen oder sicherzustellen.“ „Aber unter dem Schutzmantel der politischen Parteien läuft heute bei uns ein vaterlandsloses Gesindel, Spione und Zuträger unserer Feinde, durch unser deutsches Vaterland, heßt Deutsche gegen Deutsche und denunziert jeden erwachenden, sich bildenden nationalen Widerstand.“

Abgeordnete und Minister streiten sich heute in den Parlamenten herum, wer dem Feinde die größten Dienste erwiesen hat. Ein schamloser Zustand. Ich behaupte, unsere ganzen deutschen Parlamente sind die Kloaken, aus denen nicht nur der Jant über das ganze deutsche Volk kommt, sondern aus denen unsere Feinde auch in den letzten vier Jahren den Dünger für ihre Reparations- und Erpressungspolitik gezogen haben. Als deutscher Mann möchte man mit dem Knüttel auf den sog. Tisch des Hauses schlagen und auf gut deutsch sagen: haltet alleamt das Maul, geht nach Haus und arbeitet!

Der Tag der Rettung wird so geschildert:

Dann werden wir nicht fragen, wie viele werden fallen, dann merken wir nicht danach fragen, gehen blühende deutsche Städte,

Zehen, Fabriken und Fluren zugrunde, wir werden nicht danach fragen, geht die Weltwirtschaft zugrunde, nicht danach, welche Mittel sind recht, den Blutsauger zu töten, denn es gibt keine Erfindung, kein Mittel auf der Welt, was nicht einem Volke in der Verzweiflung von Gott selbst gegeben wäre, sich zu retten. — Deutsches Volk, so wie der Tag der Rettung aussehen, heute wie einst.“

Es gehört ein beträchtliches Maß von Unvorsichtigkeit dazu, diese Schrift an öffentlichen Stellen mit der Bitte um Veröffentlichung beim Lehrunterricht zu senden. Sie enthält nichts weniger als eine Aufforderung, gegen die Schulordnung zu verstoßen und die republikanische Staatsordnung verächtlich zu machen. Das sollte ganz energig abgelehnt werden.

Auslieferung an Belgien?

Oder deutschnationale Zügelhebe?

Die reaktionäre Presse veröffentlichte eine sensationell aufgemachte Darstellung der Westfälischen Landeszeitung in Münster, wonach am 13. Juli drei deutsche Schupo-beamte wegen Ermordung des belgischen Leutnants Graff zur Aburteilung an die Belgier ausgeliefert worden seien. Diese Darstellung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, in allen Punkten unzutreffend. Der Sachverhalt ist folgender:

Am 27. Januar d. J. sind durch ein belgisches Kriegsgericht in Lachen der Leutnant der Schupo-Reinhardt, die Schupo-zeitschweizermeister Kieble, Grabert und Klein wegen angeblicher Ermordung des belgischen Leutnants Graff zum Tode verurteilt worden; gegen eine Reihe weiterer Angeklagter ist auf schwere Zuchthausstrafen erkannt worden. Kurze Zeit vorher hatten die früheren hamborner Schupo-Beamten Rams und Schwirrat sich von der Staatsanwaltschaft in Stettin freiwillig gestellt und gestanden, daß der Mord an dem belgischen Oberleutnant von ihnen in Gemeinschaft mit dem früheren Schupo-Beamten Engeler begangen worden sei.

Die Bemühungen der deutschen Regierung, auf Grund dieses durchaus glaubhaften Geständnisses die Aburteilung der von den Belgiern unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommenen Schupo-Beamten hinaus zu schieben, waren erfolglos geblieben. Die Anstrengungen der deutschen Stellen mußten sich nunmehr darauf beschränken, die Hinrichtung der unschuldig Verurteilten zu verhindern. Auf einen Erfolg konnte natürlich nur gerechnet werden, wenn es gelang, bei dem belgischen Gericht die Aussagen der Rams, Schwirrat und Engeler, die inzwischen von den deutschen Justizbehörden in Haft genommen waren, in einer strafprozessual wirksamen Form zur Geltung zu bringen. Bei den hierüber alsbald eingeleiteten Verhandlungen ergab sich, daß die belgische Justiz nur dann in der Lage sein würde, das Geständnis zugunsten der Verurteilten zu berücksichtigen, wenn die Vernehmung der drei Benannten vor dem belgischen Revisionsgericht in Lachen unter Gegenüberstellung mit den von den Belgiern verurteilten Deutschen stattfindet.

Selbstverständlich war eine Auslieferung der Deutschen in belgische Gewalt schon verfassungs- und strafrechtlich völlig ausgeschlossen. Keine deutsche Stelle hat an irgendeinem Zeitpunkt eine solche Möglichkeit auch nur in Erwägung gezogen. In Frage kommen konnte nach der Rechts- und Sachlage nur eine Vernehmung der drei Schupo-Beamten vor dem belgischen Revisionsgericht als Zeugen, nicht etwa als Angeklagte. Aber auch auf eine derartige Stellung konnten sich die deutschen Behörden nur einlassen unter der feststehenden Voraussetzung, daß die unversehrte Rückführung der drei Zeugen belgischerseits gewährleistet ist. Die einzelnen Bedingungen sind unter Beteiligung der deutschen Justizbehörden in einem schriftlichen Abkommen mit der belgischen Regierung niedergelegt worden. Hiernach verbleibt hin- und rückbeförderung sowie die Überwachung der drei Zeugen im Gefängnis in Lachen ausschließlich in deutschen Händen. Vernehmung und Gegenüberstellung der drei Zeugen durch belgische Beamte erfolgt im Beisein eines deutschen Beamten. Der Rücktransport der Angeklagten kann jederzeit nach Belieben der deutschen Regierung vorgenommen werden.

Daraufhin sind die drei Zeugen, die sich mit ihrer Konfrontation in Lachen ausdrücklich einverstanden erklärt haben,

zur Rettung ihrer mit dem Tode bedrohten Kameraden unter den vereinbarten Modalitäten vor einigen Tagen nach Lachen verbracht worden.

Hiernach handelt es sich nicht um die Auslieferung von Deutschen an belgische Gerichte, sondern um den Versuch, vier Deutschen das Leben zu retten.

Es gehört ein seltenes Maß von Leichtfertigkeit dazu, die von der Regierung richtiggestellten Vorwürfe zu erheben, ohne den Sachverhalt durchzuprüfen. Es müßte auch in der deutschnationalen Presse bekannt sein, daß die deutsche Regierung verfassungsmäßig garnicht in der Lage ist, einen Reichsdeutschen einem auswärtigen Justizorgan zur Aburteilung zu übergeben. Die Geschichte war also von vornherein sehr unglaubwürdig. Auch dieser Fall zeigt, mit welchen Mitteln im deutschnationalen Lager gekämpft wird.

Vom „ungerechten Gut“.

Die Zersplitterung der Wohlfahrtspflege.

Es ist hier schon erzählt worden, daß nach § 52 b des Landessteuergesetzes neben den Privatschulen die Einrichtungen und Anstalten der freien Wohlfahrtspflege vom Reich einen erheblichen Beitrag erhalten (im ganzen vorläufig für § 52b, jetzt 61, 200 Milliarden), und daß dadurch an Stelle der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Organe des Staats und der Selbstverwaltungsgesellschaften unter Kontrolle und Mitarbeit der Gesamtbevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, die Zersplitterung der Wohlfahrtspflege veremigt wird. Das Landessteuergesetz wird sich bei der Finanzlage des Reiches von selber widerlegen, und in kurzer Zeit wird die Frage aufgerollt werden müssen, ob der § 61 überhaupt zu halten ist. Aber dann müssen gleichzeitig auch noch andere Dinge erörtert werden.

Bei dem Etat des Reichsministeriums des Innern und des Reichsarbeitsministeriums stehen eine Reihe von Fonds für Wohlfahrtszwecke, die eigentlich schon durch die großzügige Regelung des Landessteuergesetzes überflüssig werden, wie z. B. der 20-Milliardenfonds für Anstalten, die ja alle nach dem Landessteuergesetz aufzuführend sind. Die Verteilung des Anstaltsfonds ist für die heute übliche Ausschüttung solcher Fonds bezeichnend. Die Hälfte ging an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, wovon unter sieben zwei Zentrumsverbände sind, der Caritas-Verband und die Zentralwohlfahrtsstelle der christlichen Arbeiterschaft. Damit hat das Reich jeden Einfluß darauf verloren, daß die Mittel auch für wichtige, gute Anstalten verwendet werden. Das Arbeitsministerium hat noch eine Reihe anderer Fonds für die freie Wohlfahrtspflege. Aus den Mitteln für die Kleinentner usw. wird auch an private Organisationen gegeben.

Völlig unkontrollierbar laufen daneben die Mittel für die Wohlfahrtspflege des besetzten Gebiets. Da gibt es Zuschläge zu Fonds, Sonderfonds usw. Nach uns von dort gewordenen Mitteilungen schlagen sie gut an. Allerlei maderische Bestrebungen leben wieder auf, insbesondere die kirchliche Betreuung gefährdeter Mädchen. Man muß bedenken, daß auch dem preussischen Wohlfahrtsministerium Fonds zur Verfügung stehen und auch dort eine gut kirchliche Besinnung herrscht. Wie die Verteilung im allgemeinen ist, mag man ersehen, wenn man erfährt, daß der Hauptzuschuß für Arbeiterwohlfahrt aus dem 25-Millionen-Jugendwohlfahrtsfonds des als so Unstehend berühmten Innenministeriums bis jetzt 8 Millionen erhalten hat. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Kirchengemeinschaften ¼ des Kulturfonds, zirka 34 Milliarden, erhalten und die ihren Wohlfahrtsorganisationen und ihnen aus dem Landessteuergesetz zustehenden Beträge darin nicht enthalten sind. Die Kirche, die schon ganze Länder ausgefüllt hat, ohne sich zu überlegen, wird ja auch noch mit ein paar Papiermilliarden fertig werden.

Die Sozialdemokratie hat demgegenüber die Interessen des Reichs zu vertreten und die einer planmäßigen Durchführung der Wohlfahrtspflege. Beide verlangen energig den Abbau des Fonds systems.

Gen. Strobel, der Vorsitzende der badischen Landespartei unserer Partei, ist gestorben. Die Partei verliert in ihm einen treuen Mitarbeiter und eine feste Stütze.

Erdbeerbowle.

Ein Monolog, beauftragt von Proteus.

Immer zu ebener Erde bleiben. Fräulein Ober, noch eins! Durch die Gurgel. Die alten Germanen tranken immer noch eins und noch eins und noch eins. Der alldeutsche Völkerrufing dreht sich um sich selbst mit mir im Schimmytempo. Hitler vor die Front! Nie wieder Republik!

Wir haben sie den Verstand von der Stulle geklaut. Wenn das mein Kaiser wüßte, dem würde das Herz im Leibe sich brechen. Aber der weiß von gar nichts; sein Herzchen ist beschäftigt, der kennt keine Parteien und Deutsche mehr, der hat die herrlichen Zeiten erreicht.

Fräulein Ober, Sie wissen doch, was die alten Germanen taten? Brunner war nicht dabei, sonst wäre sowas nicht vorgekommen. Stolz weht und treu das Hakenkreuz.

Prost! Meine Volksseele tocht. Sie heißen auf Granit; wir haben es ja dazu.

Es lebe die nationale Einheitsfront von Westarp bis Busse! Heil mir in meinem Siegertranz! Die Bayerische Alpe ist die Aufschbahn zur Monarchie, schwarzweißrot erglöh die Zugspitze.

Fräulein Ober, die alten Germanen tranken noch immerzu eins. Ob die schon Gewerbesteuern zahlen mußten . . . ?

Ob es in München auch Erdbeerbowle gibt? Prost, Herr arischer Agrarier! Sie müssen weniger Bowle und mehr Milch trinken, Sie hat die Getreideumlage zu sehr mitgenommen. Sie müssen wieder zu Kräften kommen.

Zum Wohle, Herr Studienrat! Ihnen ist wohl ein Jude über die Leber gelaufen? Sie machen ja ein Gesicht wie vierzehn Tage Schutzgesetz der Republik. Das Hohenzollernwetter hat sich ausgefröhlicht.

Prost, Herr Staatsanwalt! Immer das rechte Auge zugetupfen! Wer kann durchs Monocle scharf zupucken? Immer an die eigene Familie denken!

Bowle eg, Herr Bierstempel! Wie war doch Ihr werter Name? Burjahn und Juden raus!

Auf Ihre Gesundheit, Herr Bischofswedel der Refetoe; tragen Sie das Eisene Kreuz noch immer auf dem nackten Herzen? Acht Tage später und Sie wären Leutnant gewesen. — Der Dolchstoß der verfluchten Novemberlinge.

Sieid umschlungen Millionen, diesen Ruf dem Ludendorff! Aber Einsein soll in Asien bleiben; Europa ist europäisch.

Ich bin das Volk der Dichter und Denker. Ich fühl' die hohe Sonne ganz, Lieblich des Volks zu sein.

Die alten Barden tranken noch eins. Ich möchte auch ein Barde sein.

Fräulein Ober!

Mein Ruf, der braust wie Donnerhall noch einem vollen Becher.

Der Arbeiter an der Ruhr tut das Seinige, laßt mich das Meinige tun: haltet aus im Sturmgebraus!

Fräulein Ober! Nehmen Sie das Glas wieder weg . . . !
Fräulein Ober! Wo kann man hier? — — Hupp — —
Wer will des Stromes Hüter sein?

Nichtkünstler als Kunstschuldirektoren. Die Lehrerschaft der staatlichen Akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin-Charlottenburg hat in einer Eingabe an den Kultusminister zu den Bestrebungen Stellung genommen, die Direktorenstellen der Kunsthochschulen mit Verwaltungsbeamten der Kunsthistorikern zu besetzen. In Frankfurt a. M., Düsseldorf und Stuttgart sind solche Befehlungen in den letzten Monaten erfolgt, bzw. stehen sie in Aussicht. „Diese Bestrebungen beruhen“ so sagt das Künstlerkollegium, „auf einem so völligen Mißverständnis, einer so absoluten Unkenntnis einerseits der gestellten Aufgaben, andererseits der Kenntnisse, die erforderlich sind, einen solchen Posten auszufüllen, daß derartige Vorschläge auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden müssen. Aus der Alternative, ob Verwaltungsbeamter oder Kunsthistoriker, geht zunächst hervor, daß in erster Linie der Künstler, also der Fachmann ausgeschaltet werden soll, aber auch, daß ein Verwaltungsbeamter nicht unbedingt nötig wäre. In der Tat kann das Verwaltungstechnische durch dem Direktor unterstellte Organe wie bisher durchaus bewältigt werden. Das vom Leiter einer Kunstakademie zu fordernde Maß kunsthistorischer Kenntnisse besitzt jeder Künstler ohnehin. Hingegen besitzt weder ein Beamter noch ein Kunsthistoriker die Fähigkeiten, Erfahrungen und Fachkenntnisse, die nur ein aus dem künstlerischen Beruf hervorgegangener Leiter einer Kunstakademie haben kann und haben muß, um nicht als gänzlich zwecklos, das Budget belastende und lediglich repräsentative Figur zu erscheinen. Nach diesen Ausführungen ergibt sich von selbst, daß für die Leitung von Kunstakademien für die bildenden Künste nur Maler oder Bildhauer in Frage kommen können.“

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Fachleute — besonders wenn sie nichts weiter als „Fachleute“ sind — leicht zu einer Ueberschätzung der mit ihrer Tätigkeit verbundenen Spezialkenntnisse neigen und jeden als „Laien“ betrachten, der nicht von der Kunst ist. Die von der Berliner Kunstakademie aufgestellten Behauptungen und Forderungen sind daher verständlich, aber in ihrer Verallgemeinerung nichts weniger als stichhaltig. Daß ein Verwaltungsbeamter ohne weiteres die Qualifikation für den Posten eines Akademieleiters besitzt, wird niemand im Ernst behaupten wollen; daselbe gilt für den Kunsthistoriker. Wohl aber können sich unter den Beamten wie unter den Kunstwissenschaftlern Persönlichkeiten finden, die als Direktoren von Kunstschulen in viel höherem Maße geeignet sind als familiäre zur Verfügung stehenden Maler oder Bildhauer. (Weshalb sollen übrigens die Architekten ausgeschlossen sein?) Ein Kunsthistoriker wie der Mannheimer Wähert besitzt zweifellos die Befähigung zum Leiter einer Kunsthochschule, während der selbige Anton v. Werner die Berliner Kunstakademie seinerzeit völlig auf den Hund gebracht hat. Das tiefste Niveau des Akademiebetriebes

wurde beinahe in einer Zeit erreicht, als an der Spitze aller deutschen Kunstschulen Künstler standen. Es kommt hier stets auf die Person, nicht auf die zünftige Approbation an, und jede Engbergzigkeit ist vom Uebel.

Die Reinheit der Seeluft. Jedermann, der in diesen heißen Sommertagen Erholung am Meeresstrand sucht, weiß, daß einer der wichtigsten Faktoren für die Heilkräfte des Seebades die Reinheit der Luft von Mikroben ist. Eingehende Untersuchungen, die zu diesem Zweck angestellt wurden, haben ergeben, daß die vom Seewind nach der Küste getriebene Luft von Mikroben nahezu gänzlich frei ist. Ein gleiches gilt vom Landwind, nachdem dieser mindestens 100 Kilometer weit über See geweht hat. Diese Fähigkeit, die Luft von Krankheitserregern zu reinigen, und sie frei von der Verbreitung von Epidemien und sonstigen ansteckenden Krankheiten ein unüberwindliches Hindernis entgegen. So wird das Meer zum Grab der Keime, die in der Luft schweben, und die sich sonst ins Unendliche vermehren würden. Daher kommt es auch, daß der Seewind schon weit im Binnenland, bei uns also der Westwind, nach den Charakter reiner Luft trägt, was man ohne weiteres empfindet. Auf Seeschiffen ist, wenigstens in den Kabinen, die Luft allerdings weniger rein als etwa am Strande der Seebäder; immerhin ist die Luft in den Schiffsräumen, wenn auch nicht bakterienfrei, so doch bakterienarm. Man hat durch eingehende Untersuchungen ermittelt, daß die Schiffsräume hundertmal weniger Bakterien enthalten als die großstädtischen Wohnräume. Interessant ist schließlich noch die Feststellung, daß bei hohem Seegang eine Abgabe von Bakterien seitens der aufgewühlten Wassermassen an die Luft stattfindet, wenn auch nur in geringem Maße.

Neue Erzfeldtümer in Nordschweden. Die geologische Anstalt des schwedischen Staates hat über die 1921 im nördlichen Schweden entdeckten Lagerstätten von Schwefel- und Kupfererz eingehendere Untersuchungen angestellt, und wie nun aus dem jetzt vorliegenden Bericht hervorgeht, haben diese Funde einen mächtigen Umfang. Sie bilden die größten Reserven Schwedens an Schwefelerzen, außerdem sind in relativ günstigen Abständen von der nördlichen Stammbahn bedeutende reichhaltige Kupfererzvorlommen nachgewiesen worden, ebenso mehrere Schwefelkiesfunde, sowie etwas weiter, aber immer noch in praktisch erreichbarem Abstand von der Bahn, mehrere bedeutende Funde von sowohl Schwefel-, wie Kupfer- und Arsenitzerz usw., zum Teil mit als Nebenprodukt gewinnbarem Gehalt von Silber und Gold.

Die nächste Führung in der Abgahsanmlung unserer Kunst in der Universität (größtenteils Montags 1/11—1/2, Donnerstags 4—7 Sonntags 10—1) findet am 19. 5 Uhr, halt, Eingang Doroch-eintrage.

Die Krankenschwester als Autolenkerin. In England haben die Krankenschwestern eine Fachschule gegründet, in der Schwefel als Chauffeurinnen ausgebildet werden. Viele sollen den Landbesitzer begeben werden, die oft Kranke auf veritablen Anstellungen besuchen müssen, und bei denen sich der Gebrauch des Autos immer mehr eingebürgert hat, so daß Landärzte von Staats wegen den Kravallwagen gestellt erhalten. Daneben aber müssen die Schwefelern im Falle notwendiger Operationen sofort ihren Platz am Führer mit dem am Operationsstisch setzlichen können, um den Landarzt als Assistenten beizustehen.

Die Grenzsperrung um 10 Tage verlängert!

Mannheim, 16. Juli. (WZ.) Die internationalisierte Gistraf gestern nachmittag bekanntgab, ist nach einer Mitteilung verbietet für deutsche Staatsangehörige zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, das am 16. Juli 12 Uhr nachts aufhören sollte, bis zum 26. Juli 12 Uhr nachts zu verlängern.

Cuno an Amerika.

New York, 16. Juli. (WZ.-Funknachr.) Reichskanzler Dr. Cuno wendet sich in einer an den Präsidenten Harding von den United American Lines gerichteten Botschaft an das amerikanische Volk und spricht darin die Hoffnung aus, daß die Völker von Amerika und Deutschland sich in wechselseitiger wirtschaftlicher Arbeit zusammenschließen. Den Anlaß zu der Botschaft bildet die morgen erfolgende Ankunft des neuen Dampfers Albert Ballin.

Verhaftungen in Leipzig.

Ehrhardt im Auto entflohen?

Leipzig, 16. Juli. (Gg. Drahtber.) Auf Grund eingehender Untersuchung sind mehrere Beamte des Gefängnisses in der Dörfelstraße verhaftet worden.

Ueber das Resultat der Untersuchung berichtet die „Neue Leipziger Zeitung“: Am Freitag nachmittag in der fünften Stunde ist vor dem Hotel „Deutsches Haus“, das in unmittelbarer Nähe der Gefängnisanstalt gelegen ist,

ein offener Kraftwagen

beobachtet worden, dessen Motor lief. Bei dem Wagen war zunächst nur ein junger Mann, der Zeitung las, anscheinend der Führer des Wagens. Kurz vor 5 Uhr erschienen

drei weitere Personen

in eiligem Lauf von der Wächterstraße oder vom Peterssteinweg her, bestiegen das Auto und fuhren sofort in schnellem Tempo davon. Von den bei der Abfahrt hinzugekommenen Personen trat ein junger Mann mit dunkelblonden, gelocktem Haar eine Wappe unter dem Arm. Er war mit dunkelgrauem Anzug bekleidet und nahm an der Seite des Führers Platz. Von den übrigen zwei Personen, die in den Wagen stiegen, trat einer einen grauen Anzug. Dies

dürfte Ehrhardt gewesen sein.

Die Nummer des Wagens ist I. N. 5985 oder I. N. 6983. Dieser Wagen ist einige Tage vorher in einer Leipziger Reparaturwerkstätte eingestellt worden und trug dort die Nummer II. A. 5347. Diese Nummer ist am 13. Juli vor der Abfahrt mit den obigen Nummern, wahrscheinlich mit der Nummer I. N. 5985 vertauscht worden. Es handelt sich

um einen Audi-Wagen

(14/35 PS) mit kombinierter Karosserie, kann demnach offen und geschlossen gefahren werden, dunkelblau gestrichen und schwarzes Verdeck.

Der angebliche Führer des Wagens wird folgendermaßen beschrieben: Etwas über 20 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, blondes zurückgestrichenes Haar, vielschichtig mit kleinem Scheitel, an der Seite ein wenig gewellt, frisches, volles, längliches Gesicht ohne Bart. Er trug grünliches Sporthemd, helles Sommerjackett, hellgraue Breecheshosen und braune Ledergamaschen.

Kommunistische Verleumdung am Pranger.

In Kassel fand am Sonntagabend ein Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des dortigen kommunistischen Blattes statt, durch den die frivole Heß- und Verleumdungsmethode der kommunistischen Presse gegen Sozialdemokraten in grelles Licht gerückt wird. Das kommunistische Blatt hatte in einem Schimpfartikel gegen Genossen Kuttner diesem vorgeworfen, er habe Gelder der Kriegsbeschädigten unterschlagen, er kenne keinerlei moralische Hemmungen und verstehe überhaupt immer für sich das Fleischn zu erwischen und andern die Knochen zu überlassen. Genosse Kuttner hatte auf diesen Artikel eine pressegesetzliche Berichtigung gefordert. Statt diese jedoch abzudrucken, ließ der angeklagte Redakteur Gabel einen zweiten Schimpfartikel vom Stapel, in dem er seine Beleidigungen wiederholte und höhnisch aufforderte, Genosse Kuttner möge nur gegen ihn klagen, vor Gericht werde er ihm seine „Schandakten“ beweisen. Ganz im Gegensatz zu dieser Drohung stand das Verhalten des Angeklagten Gabel im Termin, zu dem Genosse Kuttner als Nebenkläger erschienen war. Der Angeklagte erklärte, daß er für seine Behauptungen keinerlei Beweise antreten könne; er nahm die und wehmütig alles zurück. Genosse Kuttner brandmarkte mit scharfen Worten diese Verleumdungsmethode. Wenn ein Redakteur erst in dieser Weise zur Klage herausfordert, um dann im Termin so schamlos zu kneifen, so schäme man sich, daß derartige Beute an Arbeiterblättern tätlich sein könnten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gabel drei Monate Gefängnis. Genosse Kuttner bat in seinem Plädoyer, von einer Gefängnisstrafe Abstand zu nehmen. Ihm liege nichts daran, daß jemand seinerwegen im Gefängnis läge. Er habe nur in öffentlicher Gerichtsverhandlung die maßlose Verlogenheit der kommunistischen Heße gegen seine Person an den Pranger stellen wollen. Dieser Zweck sei erreicht. Genosse Kuttner beantragte deshalb, es bei einer Geldstrafe bewenden zu lassen. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis, indem es erklärte, daß das Verhalten des Angeklagten Gabel ein Fall typischer und verderblicher Ehrabschneiderei sei. Dem Nebenkläger wurde außerdem die Publikationsbefugnis in zwei Kasseler und sechs Berliner Blättern zugesprochen.

	16. Juli		18. Juli	
	Käuter (Gold)-Rurs	Verkäuter (Weil)-Rurs	Käuter (Gold)-Rurs	Verkäuter (Weil)-Rurs
1 holländischer Gulden . . .	76907.50	77192.50	72817.50	73182.50
1 argentinische Papier-Beise . . .	67831.—	67839.—	64483.50	64781.50
1 belgischer Franc	9576.—	9624.—	9326.50	9378.50
1 norwegische Krone	31920.—	32080.—	30824.—	30476.—
1 dänische Krone	34814.—	34498.—	32877.50	32982.50
1 schwedische Krone	51870.—	52130.—	49476.—	49724.—
1 finnische Mark	—	—	5162.—	5188.—
1 japanischer Yen	95670.—	96240.—	90772.50	91227.50
1 italienische Lire	8354.—	8306.—	8039.50	8080.50
1 Pfund Sterling	897750.—	902250.—	857850.—	862150.—
1 Dollar	195111.—	196035.—	186532.—	187458.—
1 französischer Franc	11571.—	11629.—	11182.—	11188.—
1 brasilianischer Milreis	22443.50	22558.50	19451.—	19549.—
1 Schweizer Franc	34114.50	34285.50	32518.50	32181.50
1 spanische Peseta	26029.50	26170.50	26382.50	27087.50
100 österr. Kronen (abget.)	—	—	266.33	267.67
1 tschechische Krone	—	—	5685.50	5694.50
1 ungarische Krone	—	—	2144.—	2156.—
1 bulgarische Lewa	—	—	16751.50	1684.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1955.—	1965.—

Hitze und Gewitter.

Opfer des Blizes.

Ein außerordentlich seltener und schwerer Unfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Adlershof und Nieder- schöneeweide. Ein Trupp Radfahrer zog hier des Weges, um noch rechtzeitig vor einsetzendem Regen ein schützendes Dach zu erreichen. Plötzlich schlug der Blitz in einen der mächtigen Chausseebäume; der Baum geriet ins Schwanken, stürzte um und begrub zwei der Radfahrer unter sich, die sofort tot waren. Mehrere andere wurden von den Zweigen des Baumes mehr oder weniger schwer verletzt. Die alarmierte Niederschöneeweider Feuerwehr sorgte für die Unterbringung der Verletzten, als bereits der Regen eintrat. — Ein ähnlicher schwerer Unfall ereignete sich im Treptower Park, wo eine Frau durch einen großen herabstürzenden Ast so schwer getroffen wurde, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Acht Personen ertrunken.

In den Freibädern der Umgebung Berlins waren gestern wieder einige Todesfälle zu verzeichnen. Aus dem Tegeler See landete man zwei Leichen. Die Leiche eines etwa dreißigjährigen Mannes, die mit einem schwarzen Badeanzug bekleidet war, und die Leiche eines Kaufmannes Wescher aus der Ruffenallee 42. Der Badeanzug des zuerst Genannten trug die Buchstaben S. F. Weiter ertrank im Freibad Adlershof der Eisenbahnschaffner Albert Scheite aus Tempelhof. Dem Reichswasserschutz gelang es, die Leiche zu bergen. Auch der Seddiner See forderte ein Opfer. Hier ertrank der 31 Jahre alte Schlosser Hans Giese aus Holensee. Die Leiche konnte gelandet werden. Im Brunenwald-See fand gestern vormittag der 41 Jahre alte Straßenbahnschaffner Hermann Wagner aus Wilmersdorf, den Tod. Gestern nachmittag gegen 2 1/2 Uhr ertrank im Südparksee in Spandau der 26 Jahre alte Gefangenenaufseher Hans Bered aus der Wilhelmstraße in Spandau, dessen Leiche die Feuerwehr ebenfalls bergen konnte. — Vor den Augen seines Vaters ertrank gegen 7 1/2 Uhr in der Spree, in der Nähe des Freibades Adlershof, der 16 Jahre alte Tischlerlehrling Willy Beyer aus der Frobenstraße 29. Die Leiche konnte gelandet werden.

Der Rudersport mußte nach den vorliegenden Meldungen ein blühendes Menschenleben opfern. Die 26jährige Frau Josepha Schröder aus der Steinstraße 7 hatte mit ihrem Ehemann und ihrem kleinen Sohn eine Ruderpartie auf dem Heiligensee bei Tegel unternommen. Während der Ehemann ruderte, zog sich Frau Schröder Schuhe und Strümpfe aus, lehnte sich auf den Rand des Bootes und steckte die Füße ins Wasser. Infolge der plötzlichen heftigen Schwankung des Bootes verlor Frau Schröder das Gleichgewicht und stürzte kopfüber ins Wasser. Vor den Augen ihrer Angehörigen ging sie unter; hier gelang es nicht, die Leiche zu bergen.

Wegen widerrechtlicher Badens im Flutgraben an der Schleifischen Brücke wurden gestern Abend von den dort 200 sich im Wasser tummelnden 16 Personen festgesetzt. — An der Schöneberger Brücke badeten gestern Abend im Vandewerkanal ebenfalls eine Anzahl Personen. Der Aufforderung eines Polizeibeamten, das Baden an verbotener Stelle zu unterlassen, kamen alle Badenben bis auf einen jungen Burlesken nach. Als der Beamte dessen Kleider beschlagnahmen wollte, sprang ihm der 22 Jahre alte Arbeiter Th. an die Rechte und verletzte dem Beamten Faustschläge vor die Brust, worauf dieser von seiner Hieb- waffe Gebrauch machen mußte, ohne Th. zu verletzen.

Hitzschläge.

Infolge der hohen Temperatur blieben auch die Hitzschläge nicht aus. Vom Hitzschlag getroffen brach gestern nachmittag der 64 Jahre alte Blahmeister Gustav Blank aus Lichtenberg vor dem Hause Elbener Straße 11 tot zusammen. Aus derselben Veranlassung stürzte gestern nachmittag der 39 Jahre alte Arbeiter Willy Müller aus der Brunnenstraße 178 besinnungslos vor dem Hause Wilhelmshavener Straße 51 zu Boden. Er wurde noch lebend nach dem Moabit Krankenhaus transportiert.

Ein Waldbrand vernichtete gestern in der Wuhlheide im Jagd 324 einen Baumbestand von ca. 40 Quadratmeter Umfang.

Eine dunkle Geschichte.

Verdwinden eines 73jährigen.

Eine dunkle Angelegenheit versucht das Raubdezernat der hiesigen Kriminalpolizei aufzuklären. Am Sonntag, den 8. d. M., traf Abends um 8 1/2 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof der 73 Jahre alte Lehrer Emil Stamm, ein Mann mit weißem Haar, in Begleitung seiner gelbes gestrichelten Frau ein, gab sein Gepäck in Verwahrung und sah eine Weile mit der Frau im Wartesaal. Am Montagnachmittag trafen Beamte der Schutzpolizei die Frau, die planlos in den Straßen umherirrte, an und führten sie zu Berliner Verwandten, die das Ehepaar aufsuchen wollten. Der greise Lehrer aber ist spurlos verschwunden. Wie er vom Bahnhof weggegangen ist und wann er ihn verlassen hat, weiß man nicht, weil die gelieskrankte Frau keine Auskunft geben kann. Am Donnerstagnachmittag nun erschienen auf der Gepäckstelle des Bahnhofs zwei Männer und wollten die Sachen abholen. Sie erregten Verdacht und wurden festgenommen. Die beiden behaupteten, den Gepäckschein gefunden zu haben. Das Raubdezernat der Kriminalpolizei ermittelte dagegen, daß der alte Lehrer gewerksmäßigen Fledderer, drei Männern und drei Dirnen, die sich am Schleifischen Bahnhof herumzutreiben pflegten, in die Hände gefallen ist. Diese lagen in der Nacht zum Donnerstag in der Frankfurter Allee den alten Herrn vor dem Schaulustigsten einer geschlossenen Schankwirtschaft sitzen und stahlen ihm seine Borschaft von 250 000 M. und auch den Gepäckschein. Diese verhaftete Bande, von der ein Mann noch flüchtig ist, leugnete zunächst, legte aber dann ein Geständnis ab. Ihre Behauptung, daß der alte Herr betrunken gewesen sei, trifft sicher nicht zu. Was aus ihm geworden ist, will von den Verhafteten niemand wissen. Rätselhaft ist auch, daß Stamm, statt seine Verwandten aufzusuchen, den ganzen Montag, Dienstag und Mittwoch ziellos in Berlin umhergeirrt sein soll. In keinem der Krankenhäuser, die alle benachrichtigt wurden, ist er bisher ermittelt worden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß Verbrecher ihn planmäßig vom Bahnhof gefockt, beiseite gebracht und vielleicht ins Wasser geworfen haben. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt das Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

Der Tod im Auto.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag am Holzsteiner Ufer. Der 26 Jahre alte Chauffeur Karl Gerband aus der Wilhelmshavener Straße 12 fuhr mit seinem Wagen, der mit 12 Personen besetzt war, wie Augenzeugen bekunden, zwischen 12 und 1 Uhr in rasender Fahrt das Ufer entlang. Der Wagen geriet ins Schleudern und floh plötzlich mit gewaltiger Wucht gegen die Bordwand. Zwei Fahrgäste, eine Näherin Rosa Pohl aus der Aufgasse 110 und ihre Schwester, eine Frau Z., wurden herausgeschleudert. Fräulein Pohl floh mit dem Kopf gegen den Mast einer Straßenlaterne und blieb besinnungslos liegen. Ein Arzt konnte nur noch ihren Tod feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Ihre Schwester kam mit leichten Kopfverletzungen davon, mußte aber nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden. Die Schauspielerin Käthe George aus der Wilhelmshavener Str. 24 erlitt einen Rückenbruch. Der verunglückte

Wagen mußte abgeschleppt werden, weil zwei Räder ganz zertrümmert waren. Trotz der Nachtzeit sammelte sich eine Menge an, die den schuldigen Chauffeur zu lynchen versuchte. Polizeibeamte mußten ihn in Schutzhaft nehmen.

Der Raubmord in Schöneberg.

Ein Täter aus Athletenkreisen?

Die Ermittlungen der Nordkommission, die auch die ganze Nacht hindurch tätig ist, haben insofern eine Klärung gebracht, als festgestellt wurde, daß der Ermordete in den Kreisen der Sportsleute, besonders der Boxer, Ringer und Athleten eine bekannte Persönlichkeit war. Er hat alle Vorstellungen derartiger Klubs besucht und dort Bekanntschaften gemacht. Friedmann war ein sehr vertrauensvoller Mensch von umgänglichen Wesen, der oft seine Bekanntschaften einzing. Es ist leicht möglich, daß gewissenlose Personen diese Eigenschaften ausgenutzt haben, sich ihm zu nähern. Aus den Kreisen der Sportsleute hat die Kriminalpolizei auch bereits wertvolle Hinweise erhalten, deren Ergänzung sehr erwünscht wäre. Es werden auch bereits bestimmte Spuren verfolgt. Der Wert der Beute des Räubers hat sich nach neueren Feststellungen noch beträchtlich erhöht und geht in viele Millionen. Weitere Aufklärungen erwartet man von der Obduktion, die am heutigen Montag stattfindet, und den Rückschlüssen aus ihr. Schon jetzt kann gesagt werden, daß es sich um einen Raubmord der üblichsten Art handelt, dessen Motive wahrscheinlich auf andere Gebiete hinüberzuwirken. Auf die Ergreifung des Mörders haben die Angehörigen des Ermordeten neben der behördlichen noch eine Belohnung von zwei Millionen Mark ausgesetzt. Seine Beute hat der Täter in mitgeraubten Koffern weggeschafft, einem kleinen Hochplatentoffler mit dem Zeichen E. F. und den typischen braunen Streifen und mehreren größeren Koffern. Zu der Mordfrage Förster wird mitgeteilt, daß der verhaftete Blahmeister Devosohn trotz des schweren Belastungsmaterials weiter leugnet. Er will auch den Ueberfall auf das Dienstmädchen der ermordeten Frau Förster nicht ausgeführt haben.

Selbstmord eines chinesischen Liebespaars. Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr warf sich der chinesische Dr. Sun Hou, der am Bundesratsufer 7 wohnt, und seine Geliebte, ein Fräulein Dau, die in einem Hotel am Zoologischen Garten wohnt, auf dem Bahnhof Südhunde vor einen ausfahrenden elektrischen Vorortzug. Dr. Sun erlitt schwere Verletzungen am rechten Bein, das links wurde ihm glatt abgefahren. Seine Geliebte trug Arm- und Kopfverletzungen davon. Beide wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Dr. Sun gab an, die Tat aus Liebestunnen begangen zu haben.

Eine Ehetragödie mit blutigem Ausgang spielte sich gestern nacht gegen 11 1/2 Uhr im Hause Hohenschönhauser Straße 55 in Lichtenberg ab. Hier geriet der 45 Jahre alte Buchbeamte Arno Arndt mit seiner Ehefrau in einen Streit, in dessen Verlauf er auf die Gattin mehrere Schüsse abfeuerte, die aber sämtlich fehlgingen. Herbeieilende Hausbewohner versuchten ihn die Waffe zu entreißen. Bei dem Ringen entlief sich die Waffe und eine Kugel drang Arndt in den Rücken, so daß er schwer verletzt zusammenbrach. Nach Anlegung von Verbänden schaffte man ihn nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus.

Gewerkschaftsbewegung

Um die größte Organisation der Welt.

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat am Montag, den 9. Juli, zu der Aufstellung der Kandidaten für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag Stellung genommen. Trotz der Bemühungen der Amsterdamer Richtung ist es nicht möglich gewesen, eine Einheit der Metallarbeiter nach außen demonstrierende gemeinsame Kandidatenliste zustande zu bringen. Eine Gruppe von Kollegen, die sich offiziell als Anhänger der Amsterdamer Richtung bezeichnet (Vedebour-Gruppe), hat diese Anhängererschaft für vereinbart gehalten mit dem Zusammengehen mit den Rostauer. Diese Entscheidung hat wenigstens die angenehme Wirkung, daß sie eine reinliche und klare Scheidung über die von einem Teil der wirklichen Amsterdamer in letzter Zeit nur noch als fagenhaft empfundene Zugehörigkeit zu Amsterdam gebracht hat.

Für die Kollegen der Amsterdamer Richtung ist jetzt die Kampflinie klar und eindeutig vorgezeichnet. Es wird auf dem kommenden Verbandstag zu entscheiden sein, ob die stärkste Organisation der Welt, der Deutsche Metallarbeiterverband, mit dessen gegenwärtiger Nachposition die idealistische

Lebensarbeit vieler tausender Metallarbeiter verbunden ist, der Rostauer Zerstörungsmut erliegen soll.

In den Presseorganen, die die Rostauer Gewerkschaftler für ihre Verleumdungen benutzen, wird bereits mit Hochdruck für einen im Sinne der Rostauer liegenden Wahlausfall Propaganda gemacht. Von welcher moralischen und wahrheitsliebenden Seite diese Propaganda zu bewerten ist, braucht nach den vielen Erfahrungen, die im Laufe der Zeit mit dieser Agitation gemacht worden sind, nicht mehr besonders nachgewiesen zu werden. In einem toben über- und durcheinanderflüchtender Schlagworte wird der Nachweis zu erbringen versucht, daß die organisatorische sowie die Kampfbewegung des Metallarbeiterverbandes den Interessen der proletarischen Entwicklung widerstreite. Mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, versucht man dem Metallarbeiterverband nachzuweisen, daß er sich vollständig vom Boden des proletarischen Klassenkampfes entfernt habe.

Klassenkampf, wie die Rostauer ihn verstehen und den ihrer Selbstbeschränkung nachlaufenden Mitgliedern zu suggerieren versuchen, stellt das Produkt einer Geistesverwirrung dar, wie sie eben nur dort zu finden ist, wo Planlosigkeit und Phrasen die Haupttriebfeder gewerkschaftlichen Tuns sind.

Klassenkampf, wie ihn die Arbeiterschaft benötigt, ihre ökonomischen und politischen Ziele zu erreichen, ist in allererster Linie die Erkenntnis der Klassenzugehörigkeit und ein tiefempfundenes, unausrottbares proletarisches Klassenbewußtsein.

Diese Voraussetzungen sind aber nur zu schaffen durch eine planmäßige Aufklärungsarbeit.

Die gerade in unserer Organisation heute noch um so stärker notwendig ist, weil annähernd eine Million Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes erst dann den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation fanden, als durch die Entwicklung und den Ausgang des Krieges der stärkste kapitalistisch-militaristische Druck von ihnen genommen war.

Der Klassenkampf der Rostauer, der sich in erster Linie auswirkt in den Tendenzen des physischen Kampfes — des sogenannten Faustrechts — in der bewußten sinnlosen Vertreibung ihrer geistigen Gegner, selbst wenn sie Klassengenossen untereinander sind, und eine planmäßige Steigerung der Hege gegen alle Arbeiter, die andere Ansichten haben, kann natürlicherweise die fehlenden geistigen und moralischen Voraussetzungen, die der organisierte Klassenkampf der Arbeiterschaft erfordert, niemals ersetzen. Und weil diese Methode des Klassenkampfes die unbedingt notwendigen Voraussetzungen nicht schaffen kann, hat die praktische Anwendung der Rostauer Klassenkampftheorie in den Metallarbeiterorganisationen der Länder, die sich von dem Blendwerk Rostauer Phrasenlogik begeistern lassen, zu einer vollkommenen Einfluchtlosigkeit im Wirtschafts- und im Staatsleben, wenn nicht gar zu einem vollkommenen Zerbrechen der Metallarbeiterorganisationen geführt.

Da die deutsche Metallarbeiterchaft für die Durchsetzung ihrer proletarischen Ziele eine starke und in sich geschlossene gewerkschaftliche Organisation nicht entbehren kann und wird es bei den Vorbereitungen zur Wahl am 22. und 23. Juli der konzentrierten Anstrengung aller bedürfen, die vor der Geschichte die Verantwortung für das geistliche Fortentwickeln des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu tragen haben. Es ist den Mitgliedern mit aller Intensität klar zu machen, daß ihre wirtschaftlichen und allgemeinen Interessen nur dann wirksam gewahrt werden können, wenn der Wahlausfall einen überwältigenden Sieg der Amsterdamer Liste, beginnend mit dem Namen Emil Löblich, bringt. Trotz des von den Rostauern zu erwarrenden Verleumdungsfeldzugs ist es die Ehrenpflicht der Groß-Berliner Metallarbeiterchaft, ihr Keuschen einzulegen, damit durch die Zusammenlegung des Verbandes in Rostau die Grundlagen der Zukunft der Organisation erhalten bleiben.

„Aufsichtung einer Arbeiterregierung“.

Der unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei Deutschlands stehende „Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte“ hat am 11. Juli 1923 an den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen „Offenen Brief“ gerichtet, in welchem der A.D.G.B. aufgefordert wird, mit dem vorgenannten Reichsausschuß eine Kampfgemeinschaft um höheren und wertbeständigen Lohn zu bilden.

Abgesehen davon, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die Bestrebungen der Gewerkschaften nach der Schaffung wertbeständiger Löhne bekämpft, ist die Lohnpolitik nach wie vor eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Es werden an den A.D.G.B. Fragen gerichtet, ob er für einen Mindestlohn von 25 000 M. für die erste und 35 000 M. für die

zweite Zulage eintreten will. Zu diesem Zweck soll ein Ultimatum an die Regierung gerichtet werden und wenn dieses Ultimatum ohne Erfolg bleibt, sollen weitere Maßnahmen getroffen werden mit dem Endziel der „Aufsichtung einer Arbeiterregierung“. Charakteristisch sowohl für die Auffassung der Kommunistischen Partei Deutschlands als auch des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte ist die Feststellung in dem „Offenen Brief“, daß, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden, niemand voraussetzen kann, welche Möglichkeiten sich im Verlauf eines solchen Kampfes entwickeln.

Der A.D.G.B. hat den „Offenen Brief“ sofort beantwortet. Die Antwort verweist auf den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses, wonach die Betriebsräte gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter sind und für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten haben. Der „Reichsausschuß“ könne als eine gewerkschaftliche Körperschaft nicht anerkannt werden. Im übrigen habe die Bundesversammlung des A.D.G.B. am 4. und 5. Juli d. J. beschlossen, daß die Gewerkschaften mit aller Energie für die Wertbeständigkeit der Löhne und für die Erhöhung des Reallohnes eintreten sollen. Die Führung von Lohnbewegungen sei nicht Aufgabe des A.D.G.B., noch weniger aber solche des Reichsausschusses, sondern Aufgabe der Gewerkschaften, die nach Wahrung der Kampftrai ihrer Mitglieder und der tatsächlichen Situation ihre Aufgabe nach bester Möglichkeit erfüllen.

Wenn die politische und wirtschaftliche Lage diesen Bestrebungen gegenwärtig außerordentlich hindernd im Wege steht, so sind die von ihnen vorgeschlagenen neuen Mittel noch weniger geeignet, die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern, sondern vielmehr nur dazu angetan, die Arbeitnehmer vollkommen jeder Existenzgrundlage zu berauben und ins Unglück zu stürzen.

Der „Reichsausschuß“, der bereits im November v. J. eine ähnliche Antwort vom A.D.G.B. bekommen hat, war sich sicherlich von vornherein darüber klar, daß er auf seinen „Offenen Brief“ keine andere Antwort erhalten würde. Allein er besteht nun einmal, als Abteilung der A.D.G.B.-Zentrale, und gebraucht solche Antworten, um gegen die „Gewerkschaftsbureautratie“ arbeiten zu können.

Der „Reichsausschuß“ befragt sich in der Sonntagsnummer der „Roten Fahne“ darüber, daß der „Vorwärts“ seinen „Offenen Brief“ an den A.D.G.B. nicht veröffentlicht hat. Die Agitation für die Zwecke der R.P.D.-Zentrale müssen wir auch dann derem offiziellen Organ überlassen, wenn sie auf dem kleinen Umwege über den Reichsausschuß der Betriebsräte erfolgt, der kleinen Nebenabteilung der Parolenzentrale.

Die Annahme des Reichsausschusses, als habe uns der „Offene Brief“ in Verlegenheit gebracht, ist also hinfällig. Seine Behauptung aber, der Bundesvorstand des A.D.G.B. habe dazu geschwiegen, ist un wahr. Am 12. Juli mußte die Antwort des A.D.G.B. vom 11. Juli in seinem Besitz sein. Er durfte also nicht am 14. Juli die „Rote Fahne“ das Gegenteil berichten und zulassen, daß diese es am 15. Juli behauptet — wenn er es mit der Wahrheit halten wollte. Abzumauern bleibt nun, ob nicht die Verlegenheit, in die die kommunistischen Instanzen durch die Antwort des Vorstandes des A.D.G.B. verlegt wurden, in diesem Falle tatsächlich dazu führt, diese Antwort in der „Roten Fahne“, dem Organ des Reichsausschusses, nicht zu veröffentlichen.

Streik der Schildermaler und Anmacher beendet.

Der Lohnkampf der Schildermaler und Anmacher ist beendet. Bei der Verhandlung der beiderseitigen Lohnkommissionen am 13. Juli ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die den Schildermälern 1. Klasse und Anmachern für die Zeit vom 16. bis 19. Juli 18 500 M. und für die Zeit vom 20. bis 26. Juli 19 000 M. zurpricht. Schildermaler 2. Klasse und Anmacherhelfer erhalten 25 M. pro Stunde weniger. Der Schiedspruch der vereinbarten Schiedsstelle vom 22. Juni, dessen Ablehnung durch die Arbeitgeber der Grund zum Ausbruch des Streiks war, wird vollständig anerkannt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen. Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, die sich bei der Einstellung ergeben, sind sofort an die Gewerkschaftsbureaus zur weiteren Erledigung zu melden. Unsere Kollegen haben in dem 2 1/2wöchigen Streik gezeigt, daß sie auch in schwerer Zeit zu kämpfen verstehen. Die Hungerlöhne müssen verschwinden. Sollten nochmals derartige Momente wie die, die zu diesem Streik geführt haben, eintreten, so werden unsere Kollegen nicht veräumen — auch wenn eine längere Kampfpause nicht dazwischen liegt —, erneut den allgemeinen Kampf aufzunehmen. Wir hoffen aber, daß unsere Gegner aus diesem Streik gelernt haben.

Zum Lederarbeiter-Industrieverband.

Die „Lederarbeiter-Zeitung“, das Organ des Verbandes aller in der Leder- und Lederhandschuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, nimmt in Nr. 28 Stellung zu den Beschlüssen der letzten Generalversammlung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeulier, die ihren Verbandsvorstand beauftragte, mit dem Lederarbeiterverband bezüglich einer Verschmelzung in Verbindung zu treten. Die „Lederarbeiter-Zeitung“ bemerkt hierzu, daß damit der zunächst gangbare, zum allgemeinen Industrieverband führende Weg eingeschlagen sei. „Es ist zu erwarten, daß seitens der Leitung des Sattlerverbandes an unsere Verbandsleitung gemäß des ihr gewordenen Auftrages herangetreten und so die Verschmelzungsfrage zwischen beiden Organisationen zur Lösung und Entscheidung gebracht wird. Ihr Ergebnis war zunächst, daß die Tapezierer dem Organisationskomplex der Lederindustrie erhalten blieben und so aus den beiden Verbänden — Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeulier und Deutscher Lederarbeiterverband — eine gemeinsame Organisation von nahezu einhunderttausend Mitgliedern gebildet würde. Wenn auch die einer Zusammenlegung aller drei Verbände entgegenstehenden Schwierigkeiten keine unwiderwindlichen sind, so ist doch eine nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache die, daß weder bei unseren noch bei den Mitgliedern des sich uns jetzt nähernden Verbandes wenig Neigung für eine Verschmelzung mit den Schuhmachern vorhanden ist. Gelingt die Verschmelzung zwischen den Sattlern und unserer Organisation, dann ist damit

der allgemeine Lederarbeiter-Industrieverband noch nicht abgelehnt, sondern vielmehr für ihn Breche gelegt auf dem Wege zu ihm eine Etappe zurückgelegt.“

Das Amt mit dem langen Titel.

Man schreibt uns: „Der Kommissar des Reichsfinanzministeriums für Rechtsangelegenheiten aus dem Kriege hatte bis zum 30. Juni das Heer solcher Personen, die sich an der Teilung von Kriegsaufträgen erfreut hatten, zu überwachen. Am 30. Juni wurde er aufgelöst, um am 1. Juli 1923 verjüngt mit verlängertem Namen als Bönig aus der Ache zu steigen: Reichsfinanzministerium, Aufstellungsstelle des Kommissars für Rechtsangelegenheiten aus dem Kriege.“

Kundige Thebaner erzählen über diese Auflösung, daß der Herr Reichsminister der Finanzen zunächst am 5. April durch sein Brieftelegramm I. H. 5800 die Vertragsangestellten einschließlich des Betriebsrates und der Schwerbeschädigten durch eine etwas eigenartige „Einsparungsmaßnahme“ auf den Betriebsrat zur Aufgabe ihres Dienstverhältnisses zu bewegen versuchte, um später infolge des geringen Verständnisses, das die Betriebsvertretung für die beachtliche Aufhebung vertraglicher Kündigungsfristen und sonstiger geltenden Schutzgesetze erbrachte, am 30. Juni die Dienststelle, ganz nach Art industrieller Schornmacher, stillzulegen.“

Der angerufene Schlichtungsausschuß hatte für diese Stilllegung ebenso wenig Verständnis wie die Betriebsvertretung und verurteilte das Reich, also die Steuerzahler, für die kuriose Amtshandlung der beamteten „Sparsünder“ des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Betriebsratsgesetzes mindestens 100 Millionen Mark als Entschädigungssummen zu zahlen, außerdem die Betriebsratsmitglieder und Schwerbeschädigten weiter zu beschäftigen.

Wir fragen, wer ist im Reichsfinanzministerium für diese Nachregelung von Vertragsangestellten verantwortlich, wer für die Verletzung der für die Betriebsratsmitglieder und Schwerbeschädigten bestehenden gesetzlichen Schutzmöglichkeiten? Will nicht der Herr Sparsamminister darüber nachdenken, ob die in Frage kommenden Beamten des Reichsfinanzministeriums für ihre die Allgemeinheit schädigenden Amtshandlungen nicht persönlich haftbar zu machen sind, und will endlich der Herr Reichsminister der Finanzen nicht auch den Versuch unternehmen, die Sabotage der Arbeitnehmer durch seine Beamten zu verhindern?“

Wahrung Arbeitern Oberprel. Sämtliche VOB, Kollegen und Kolleginnen treffen sich zu einer wichtigen Besprechung morgen Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Schule Rosenerstr. Ausweise mitbringen. Der Präsidiumssekretär.

Wirtschaft

Rußlands Forstwirtschaft. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des „Forstcode“, wonach sämtliche Wälder des Sowjetbundes zu einem staatlichen Waldfonds erklärt werden, hat das Landwirtschaftsministerium einen statistischen Gesamtüberblick über die russischen Waldbestände zusammengefaßt. Die jährliche nutzbare Holzmenge in Sibirien beträgt ca. 284 Millionen cbm, im fernöstlichen Gebiet ca. 112 Millionen cbm und im Europäischen Rußland ca. 200 Millionen cbm, so daß die gesamte jährlich nutzbare Holzmenge für Sowjetrußland 596 Millionen cbm beträgt. In Wirklichkeit wurden im Operationsjahr 1922-23 nur 242 Millionen cbm im Europäischen Rußland und in Sibirien (ohne das fernöstliche Gebiet) geschlagen.

Russische Getreideexportvorbereitung. Im Hafen von Petersburg werden Vorbereitungen zum Getreideexport getroffen. Der Hafen kann während der Zeit vom September bis Januar die Ausfuhr von einhalb Millionen Tonnen Korn bewältigen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Montag, den 16. Juli.

24. Bd. Frauenlesend bei Winter. Christburger, Ede Winkler, Komtrag des Genossen Meißel über „Sexualfragen“. Schätliches Erlebnis aus der Genossen und Götze, erwähnt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

43. Bd. (136. Bezirk). Am Freitag, den 13. Juli, verstarb unter Genosse Paul Fuhrmann, Johannisstr. 2.

Sport.

Kugias gewinnt den Großen Preis von Berlin.

Grundwahl.
1. Rennen. 1. Sangwinifer (Sollkraft), Renanthe (V. Stalpe), 2. Balkire (Frank), Toto: 30:10, Platz: 22, 63:10. Ferner liefen: Ritter Blaubart, Ravinia.
2. Rennen. 1. Sancelen (D. Schmidt), 2. Kardinal (Vah), 3. Fliegende Holländer (Hensch), Toto: 10:10, 3. liefen.
3. Rennen. 1. Vario (Jan), 2. Sammel-Petrus (A. Hensch), 3. Aiche (Erdinger), Toto: 39:10, Platz: 15, 15, 20:10. Ferner liefen: Winkhof, Florist, Genfler, Goldammer, Ovasi, Ruente.
4. Rennen. 1. Romalems (Tarras), 2. Patrocius (Diehl), 3. Palamedes (D. Schmidt), Toto: 46:10, Platz: 11, 10, 10:10. Ferner liefen: Jhesul, Secabir, Lederslau, Graf Gold.
5. Rennen. 1. Kugias (D. Schmidt), 2. Staffeldt (Diehl), 3. Notung (Lehmann), Toto: 18:10, Platz: 11, 14:10. Ferner liefen: Hauptmann, Bertles.
6. Rennen. 1. Schwarze Rutte (Tarras), 2. Lagune (Simmernann), 3. Notborn (Diehl), Toto: 41:10, 3. liefen.
7. Rennen. 1. Claudius (Hensch), 2. Kaji (Lehmann), 3. Gola Bianca (D. Schmidt), Toto: 26:10, Platz: 18, 14:10. Ferner: Schall II.

Verantwortlich für Inhalt: Helmut Schiff, Berlin; Verlagsort: Katar Caterina, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Freilicht: Dr. John Schirmer, Charlottenburg; Solales und Sonstiges: Fritz Karst, Berlin; Berliner-Bilderverlag: Augustin: K. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Steger u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Admirals-Variete
Berlins
8⁰⁰ bestes Programm

Die
Kern-Ledersohle
der Firma „Notunde“
hält bis zur Jahreswende!
Fachmännische, ausbeuerte, haltbarste und billigste Resohlung aller Fußbekleidung.
Aufträge eventl. binnen 24 Stunden.
Gummisohle und -sohlen in prima Qualität.
Sämtliche Schuhbedarfsartikel in großer Auswahl.
Schuhartikel-Vertrieb und Lederhandlung „Notunde“
Neukölln, Hermannstr. 211
Ecke Liebenstraße.

200 000 Mark bei
aufl. anverend.
Gratissprochüre d
F. Erdmann & Co., Bld. Köntiggrüzer Str. 71

Stahl-, Temper-Grau-Guß
Metallguß aller Art
Aluminiumguß

roh und bearbeitet zu billigen Preisen von unseren frachtlich günstig gelegenen Werken kurzfristig lieferbar.

Gen. f. Industrie- u. Landbedarf
m. b. H.
Berlin W 30, Luisenparkstraße 18
Telephon: Lützow 1426/27

Verkäufe
Schulbücher, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei W. H. H. Potsdamerstraße 108, Kollndorf 6982.

Bekleidung
Reichhaus Feledachstraße 3 (Dolches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Gencroas, Schläfer, Gummimantel, Golen, Sportpelze, Gehpelze, Regenmäntel, Seidmantel, Kreuzmäntel, Granzmäntel, Blausäcke, Blöße zu enorm billigen Preisen. Keine Bombardware.

Reichhaus Feledachstraße 3 (Dolches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Gencroas, Schläfer, Gummimantel, Golen, Sportpelze, Gehpelze, Regenmäntel, Seidmantel, Kreuzmäntel, Granzmäntel, Blausäcke, Blöße zu enorm billigen Preisen. Keine Bombardware.

Kaufert legt Melanoren auf Verlehnungen zu Wadenpreisen. Bei Heiner Erwählung können Sie sich Ihre Teile für den Winter, auch Socken, noch zu billigen Preisen sichern. Die Verlehnung in der Salzen ist unerschwinglich. Pelzwarenverkauf, Salzen, Elie-Wachenberg-Str. 14, nahe Bahnhof Kiergocox, Potsd. 7982/83.

Möbel
Metallbetten, Rothmühl und Klappspinnwagen billig. Hall, Große Frankfurterstraße 47, Alexander 1186.

Metallbetten, Schlafstühle 200 000.— an. Patentmatrosen, Holzkauflagen, Kinderstühle, Stühle, Zugschreie etc., Übergabebude.

Möbel, Sessel, Brunnentische 7, offeriert Schloßzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubquartieren, Rothmühl, Rüden usw. Große Auswahl, Besuch lohnend.

Musikinstrumente
Violoncello, prächtig, Klaviermacher, Prinz, Brunnentische 33.

Grammophon, elegante Schallplatten, billige Seltenheiten, Zwitzers, Charlottenstr. 74/75.

Kaufgesuche
Klavier, gut erhaltenes, sucht Holz, Feudler, Sandreit, 30. Für Klaviermacher, auch 300 000. Telephon: Neukölln 6382. Gewerblid.

Violoncello, prächtig, Klaviermacher, Prinz, Brunnentische 33.

Vianos, Hügel laut zu höchsten Lagerpreisen. Gitarren, Gitarren, Violoncello, 2. Köhlerstr. 297.

Vianos, Hügel, Vorstentreppe, Brillen, höchste Lagerpreise. Gitarren, Violoncello, 2. Köhlerstr. 297.

Kuhrenbau, hübsch, hübsch, Dresdenerstraße 100, Moritzplatz 5700.

Schleusenbau, Gellnerstr. 9.

Violoncello, prächtig, Klaviermacher, Prinz, Brunnentische 33.

Violoncello, prächtig, Klaviermacher, Prinz, Brunnentische 33.

Violoncello, prächtig, Klaviermacher, Prinz, Brunnentische 33.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Vorwärts-Austrägerinnen

meiden sofort eingetrlt

Berlin, Poststr. 7
• Charlottenburger Str. 22
• Immanuelstr. 24
• Panfyer Platz 14/15
• Leberstr. 14
• Walfisch 9
• Wilhelmshagen Str. 43
Neukölln, Redarstr. 2
Siegfriedstr. 28/29
Reinickendorf-Off, Wobingstr. 85
Schönberg, Belgier Str. 27